

VERBANDSGEMEINDE VALLENDAR

Geschäftszeichen	Datum	
Fachbereich 3 - Bürgerdienste -	26.08.2025	öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Status	TOP	Abst.Ergebnis
Schulträgerausschuss VG	09.10.2025	öffentlich		
Verbandsgemeinderat	27.11.2025	öffentlich		

Anfrage der FWG-Fraktion hinsichtlich Verpflegung Schüler Konrad-Adenauer-Schule vom 20.07.2025 - Beantwortung der Anfrage sowie Vorschlag der Verwaltung auf Einstellung der Bezuschussung

Beschlussvorschlag:

Variante 1:

Der Ausschuss empfiehlt dem Verbandsgemeinderat zum 01.01.2026 die Bezuschussung des Essens durch die Verbandsgemeinde aufzuheben.

Variante 2:

Der Ausschuss empfiehlt dem Verbandsgemeinderat zu Beginn des Schuljahres 2026/2027 die Bezuschussung des Essens durch die Verbandsgemeinde aufzuheben.

Der Verbandsgemeinderat beschließt der Empfehlung des Ausschusses zu folgen.

Problembeschreibung:

Die Fragen des o. a. Schreibens beantworten wir wie folgt:

1. Im Schuljahr 2024/2025 wurden 10.092 Essen zu je 3,79 € = 38.248,58 € beim BFW geordert. Durch die vom Verbandsgemeinderat beschlossene Deckelung des Essenspreises hat die Verbandsgemeinde einen Betrag von 7.972,68 € zugesteuert.

Durch die Anhebung des Essenspreises auf 5,35 € würden bei gleicher Essenszahl Ausgaben von 53.992,20 € entstehen. Der Zuschuss durch die Verbandsgemeinde würde sich um 15.743,52 € auf 23.716,20 € erhöhen.

Es gab in diesem Schuljahr 121 Essenskinder, hiervon 52 aus dem Bereich der Verbandsgemeinde Vallendar und 69 von außerhalb. Da es viele Kinder gibt, die nicht jeden Tag essen wäre eine detaillierte Aufstellung mit einem unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand verbunden.

Eine prozentuale Aufteilung der Schüler ergibt nach bisherigem Preis einen Zuschuss von 3.426,66 € für die Kinder aus der Verbandsgemeinde und von 4.546,02 € für die Kinder von außerhalb.

Beim neuen Essenspreis wären es für die Kinder aus der Verbandsgemeinde 10.193,22 € und von außerhalb 13.522,98 €.

2. Grundsätzlich wäre ein Zuschuss nur für Kinder aus der Verbandsgemeinde möglich. Seitens der Verwaltung wird dies aber aus Gründen des Gleichbehandlungsgrundsatzes für bedenklich gehalten.

3. Eine Indexierung zum 01.01. wurde seitens der Verwaltung ebenfalls für nicht praktikabel erachtet. Es wurde sich mit dem BFW bereits auf den 01.09. geeinigt.

4. Bei der Indexierung werden natürlich auch Kostensenkungen berücksichtigt, da jedoch der Index aus verschiedenen Faktoren besteht (u. a. Personal, Lebensmittel Energie, etc.) ist kaum mit einer Preisreduzierung zu rechnen, da sich mit Sicherheit nicht alle Faktoren vermindern. Bestenfalls wäre die Steigerung nicht so hoch.

5. Hinsichtlich der Bezuschussung von Mittagessen wird darauf hingewiesen, dass es zwar den sogenannten Sozialfonds noch gibt, dieser aber nicht mehr genutzt wird, da durch das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) die Essenskosten für Empfänger staatlicher Leistungen (z. B. Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld, Kinderzuschlag etc.) komplett übernommen werden. Daher haben sozial schwache Familien hier eine richtige Entlastung. Antragberechtigt für BuT-Leistungen sind die jeweiligen Leistungsempfänger.

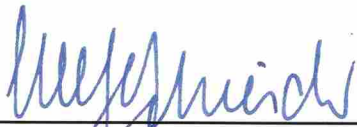
Eine Antragstellung durch den Landkreis oder eine kreisfreie Stadt wäre nur beim nicht mehr relevanten Sozialfonds erforderlich.

Am 15.12.2011 hat der Verbandsgemeinderat beschlossen, die Beteiligung der Eltern an den Essenskosten auf 2,50 € zu begrenzen.

Bereits in der Verbandsgemeinderatssitzung am 19.11.2020 hat die Verwaltung vorgeschlagen die Bezuschussung des Essens einzustellen. Der Verbandsgemeinderat ist diesem Beschlussvorschlag nicht gefolgt, sondern hat die Elternbeteiligung auf 3,00 € angehoben. Da sich die Haushaltslage verschlechtert hat, ist auch die Verwaltung der Auffassung, dass die Bezuschussung auf den Prüfstand gestellt werden muss.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass in allen kommunalen Kitas sowie in den Grundschulen das Mittagessen in voller Höhe durch die Eltern getragen wird.

Ein sozialer Aspekt ist durch das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT), dass – wie bereits ausgeführt die Essenskosten vollständig übernimmt – gegeben.
Daher wird verwaltungsseitig vorgeschlagen die Bezuschussung des Essens aufzuheben, da sich durch die Preiserhöhung durch das BFW die Bezuschussung der Verbandsgemeinde erheblich erhöhen würde.



Adolf T. Schneider
Bürgermeister der VG Vallendar